

Pegida

Abgeschlossenes politisches Biotop

Hans Vorländer über Ursachen des Extremismus und Gegenstrategien von Politik und Zivilgesellschaft

MIT EINEM TEAM aus wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden hat der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer ab Ende 2014 erstmalig empirisch untersucht, wer aus welchen Gründen an den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden teilnimmt.

Im Interview äußert er sich gewohnt deutlich zum „politischen Biotop“ in und um Dresden, zur Aggression in der Migrationsdebatte sowie zu den deutschlandweiten Vorbehalten gegenüber Flüchtenden und Asylbewerbern. Außerdem macht er Vorschläge für eine konstruktive Diskussion über Flucht, Migration und Integration.

Akademie-Report: *Sie haben als einer der ersten Wissenschaftler überhaupt das Phänomen PEGIDA detailliert untersucht. Warum ist die Bewegung in Sachsen entstanden?*



Hans Vorländer setzt auf Dialog und Kommunikation mit PEGIDA-Anhängern.

© Haas

Hans Vorländer: Der erste Grund ist darin zu suchen, dass die Organisatoren auf ein Netz von Freunden und Bekannten zurückgreifen konnten, welches sich schon früher etabliert hatte, im Umfeld des Fußballs, auch der Fluthilfe und dann im Bereich der kleingewerblichen Dienstleistung.



PEGIDA-Demonstration in Dresden im Januar 2015

© Kalispera Dell / wikimedia commons

Der zweite Grund liegt darin, dass in Dresden und Sachsen eine konservative Grundstimmung anzutreffen ist, die Empfänglichkeit für die Anliegen von PEGIDA erkennen lässt.

Das Dritte ist, dass Dresden eine gute Bühne und Kulisse abgibt, die medienwirksam ist. Und dann leben viele Dresdner in einer Art politischem Biotop, welches schon zu DDR-Zeiten sich durch Abschließung nach außen konstituierte. Das führt zu einer Selbstbezüglichkeit, die wenig Offenheit nach außen mit sich führt. Der Mythos Dresdens, Barockstadt, Zerstörung, Wiederaufbau, lassen den Eindruck entstehen, dass Dresden etwas ganz Besonderes ist. Da wird schnell die eigene Gruppe, die Alteingesessenen, überhöht und das Andere, Fremde, Unbekannte, abgelehnt oder abgewertet. Und schließlich kann man auch sagen, dass in Ostdeutschland, auch in Dresden, traditionell wenig Kontakt zu Fremden, Ausländern und Flüchtlingen bestanden hat, so dass hier die Sorgen und Ängste vor dem Unbekannten, dem Flüchtling und Migranten besonders ausgeprägt sind.

Viele Menschen sind erschrocken über den enormen Hass, der sich dort zeigt. Wie erklären Sie diesen Hass?

Hass hat immer etwas zu tun mit Angst, Verunsicherung und auch Ratlosigkeit darüber, wie man mit etwas Fremdem umgeht. Insofern ist der Hass Ausdruck einer tiefen eigenen Unsicherheit. Womöglich hat das auch mit den großen Veränderungen der letzten 25 Jahre zu tun, wo in Ostdeutschland kein Stein auf demselben geblieben ist, wo in Ostsachsen der soziale, ökonomische und demographische Wandel besonders spürbar ist. Unsicherheit und Angst, vielleicht auch individuelle Demütigung, wird in Formen des Hasses ‚überkompensiert‘, eine Art Entladung von zuvor sublimierter Aggression. Immer bedarf es

aber auch derjenigen, die Hass predigen, die Sorgen und Ängste zu instrumentalisieren versuchen. Sie geben den Takt vor. A la longue wird dann die Hassrede, die Aggression salonfähig.

Wenn die Stimmung so aufgeheizt wird, wenn die Menschen sich empören und sich der Zorn nicht nur gegen die Politik und die Medien, sondern auch gegen Fremde, Flüchtlinge oder Muslime richtet, dann spaltet sich auch eine Stadtgesellschaft wie die Dresdens und polarisiert sich eine politische Landschaft. „Ausländerhasser“ stehen gegen „Gutmenschen“. Der Graben scheint unüberbrückbar. Und doch muss man in Dialogforen versuchen, ihn zu überbrücken. Das gelingt manchmal, oft aber auch nicht.



Lutz Bachmann, PEGIDA-Vorsitzender, ist mittlerweile wegen Volksverhetzung verurteilt.
© wikimedia commons

Warum reagieren Menschen im Osten extremer auf die Flüchtlinge?

Da bin ich mir nicht sicher, ob das so ist. Wir haben ja auch in Westdeutschland große Vorbehalte, wie das ja jetzt bei den Wahlen zu den Landtagen zum Ausdruck gekommen ist. Außerdem gibt es auch in Westdeutschland Anschläge auf Asylbewerberheime – insofern ist das kein ostdeutsches Phänomen. Was man dennoch über die spezifisch ostdeutsche Lage sagen könnte, ist zweierlei: Erstens ist in Ostdeutschland die allgemeine Verunsicherung größer, durch den Wandel der letzten drei Jahrzehnte. Und zum Zweiten: In Ostdeutschland hat man eben nicht gelernt, mit Fremden, mit anderen Kulturen umzugehen, weil man von diesen „inneren“ Globalisierungsprozessen hermetisch abgeriegelt war.

Miteinander in ein konstruktives Gespräch zu kommen, gemeinsam Kompromisse zu finden, erscheint fast aussichtslos. Wie könnte das doch gelingen?

Es gibt keinen anderen Weg als zu versuchen, miteinander ins Gespräch zu kommen. In solchen Situationen, wo Menschen Gewalt ausüben oder

volksverhetzende Reden schwingen, muss indes der Weg über die Strafverfolgung gegangen werden. Der Rechtsstaat ist nicht wehrlos. Ansonsten muss der Dialog gesucht werden. Das ist Demokratie. Und natürlich müssen Möglichkeiten für die Begegnung zwischen Zugewanderten und Einheimischen geschaffen werden. Dadurch – da gibt es viele Beispiele – können sich Einstellungen sehr schnell verändern.

Wie soll eine ehrliche Diskussion über die Integration aussehen? Welche Regeln sollten wir uns dafür geben?

Ich glaube erstens, dass man ehrlich und offen miteinander umgehen sollte. Zweitens: Man sollte auf die moralische Stigmatisierung von Menschen verzichten, die anderer Meinung sind, so dass man aus der Polarisierung von Gutmenschen und Ausländerhasern herauskommt. Polarisierung hilft nicht weiter, sie spaltet die Gesellschaft. Drittens muss man die Probleme, die mit Migration zusammenhängen, also vor allem die der Integration, offen benennen, man darf da keine Tabus errichten.

Und vor allem muss die Politik zeigen, dass sie für die Integration gute Konzepte hat. Sie muss auch die entsprechenden Mittel bereitstellen, damit jeder eine solche Chance hat, die Sprache zu erlernen, das Land und sein Recht, seine Regeln und Werte kennenzulernen und möglichst schnell in Arbeit zu kommen. Und dann geht es nur, wenn Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die Zivilgesellschaft hat Heraus-



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

ragendes geleistet in den letzten Monaten. Und deshalb können nur beide, nämlich Politik und Zivilgesellschaft, die Probleme zu lösen versuchen.

Das Interview führten Sibylle Kölmel und Raphael Gritschmeier